

Jugendparlament beschließt Schulautonomiegesetz

Konsens im Parlament: Unterricht soll ab der 7. Schulstufe weitgehend frei gestaltet werden können

Wien (PK) – Über die Frage, wie individuell Unterricht in Zukunft gestaltet werden soll, herrscht seit dem Jugendparlament Einigkeit im Hohen Haus. Die Abgeordneten haben ein einstimmiges Bekenntnis zu mehr Unterrichtsautonomie an Österreichs Schulen abgegeben und das Schulunterrichtsgesetz dementsprechend geändert. Mit einem Schulautonomiegesetz sollen die heimischen Schulstandorte gestärkt sowie Interessen und Talente von SchülerInnen gezielt gefördert werden.

Im Detail bedeuten die Änderungen, dass der Unterricht ab der 7. Schulstufe künftig in Pflichtfächer und Wahlmodule gegliedert wird, die wiederum von den SchülerInnen klassenübergreifend oder zwei Jahrgänge übergreifend gewählt bzw. belegt werden können. Über die Ausgestaltung der Wahlmodule wird neben der/dem SchulleiterIn auch der Schulgemeinschaftsausschuss bzw. ein Schulforum, in dem SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen miteinbezogen sind, entscheiden. Die Kernbereiche bzw. Pflichtgegenstände werden analog zu den jetzigen Lehrplänen festgelegt und müssen von allen SchülerInnen verpflichtend absolviert werden.

Zahlreiche im thematischen Zusammenhang stehende und darüber hinausgehende Forderungen an die Bundesregierung machten die Abgeordneten des Lehrlingsparlaments in Entschließungsanträgen geltend, von denen der Großteil mit Mehrheit angenommen wurde.

7. anstatt 5. Schulstufe: Grundlegende Änderungen in der Regierungsvorlage

Die einstimmig beschlossenen Änderungen des Schulunterrichtsgesetzes basieren auf einer Gesetzesvorlage der Regierung, die eine Splittung des Unterrichts bereits in der 5. Schulstufe vorgesehen hatte. Das sei zu früh, wie die Abgeordneten des Gelben Klubs Martin Schipflinger und Vanessa Radl sowie Sarah Briem vom Weißen Klub die einstimmigen Abänderungen durch das Jugendparlament begründeten. Kinder, die gerade aus der Volksschule kommen, seien viel zu jung, um eine Wahlfachentscheidung treffen zu können, bekräftigte Laura Krobath (Gelb). "Bis dahin wissen die SchülerInnen, welchen Weg sie einmal gehen wollen", argumentierte ebenfalls Jacob Almer (Violett) den Entschluss des Parlaments, erst ab der 7. Schulstufe Wahlmodule einzuführen. Der Gesetzesvorschlag sei anfangs nicht "das Gelbe vom Ei" gewesen, meinte dazu Maximilian Pfluger (Türkis).

Die ursprüngliche Regierungsvorlage sei dem Violetten Klub zwar grundsätzlich entgegengekommen, in vielen Bereichen sei eine Abänderung aber sinnvoll gewesen, wie Abgeordnete Marie-Kristin Feichtenhofer für den Violetten Klub klarmachte. "Mit vereinten Kräften haben wir uns geeinigt", zeigte sich Vanessa Ernst seitens der Weißen erfreut. Nach den Plänen der Regierung hätte die Schulleitung alleine über die Ausgestaltung der Wahlfächer entscheiden sollen. "Das Mitbestimmungsrecht für SchülerInnen muss gewährt bleiben", meinte dazu Elias Heschl (Gelb). Dass das Interesse der SchülerInnen im Mittelpunkt stehen sollte, stand auch für Marion Pitzl (Türkis) fest. Robin Pirchner von den Weißen war es wichtig, dass neben den SchülerInnen auch Eltern mitentscheiden dürfen.

Dass der jahrgangsübergreifende Wahlfachunterricht nur für jeweils zwei Klassen anstatt wie von der Regierung intendiert über alle Schulstufen hinweg möglich ist, war Sina Reindl vom Violetten Klub ein Anliegen. Es gehe primär darum, den SchülerInnen die bestmögliche Bildung zu bieten, fasste Marie-Therese Pichler (Türkis) die Intention des Jugendparlaments zusammen.

Für Iris Yudan (Türkis) stand fest, dass mit dem Schulautonomiegesetz eine Grundlage geschaffen wurde, die es den SchülerInnen erlaubt, sich bestmöglich zu entfalten.

Unterrichtsautonomie: Weiterführende Maßnahmen der Regierung gefordert

Trotz der klubübergreifenden Einigung vermissten alle Klubs zusätzliche Regelungen in Sachen Unterrichtsautonomie. So brachten die Abgeordneten Entschließungsanträge ein, die allesamt zusätzliche Maßnahmen von der Regierung fordern. Mehrheitlich angenommen wurde demnach ein Vorstoß der Gelben Abgeordneten Sarah Kaufmann, mit dem sie eine tägliche Sportstunde an allen österreichischen Schule forderte.

Auf positive Resonanz im Plenum stießen zudem die Violetten mit der Idee, SchülerInnen vor ihrer Wahlfachentscheidung die Teilnahme an Informationsveranstaltungen zu ermöglichen. Die Violette Marwa Wali sprach sich dafür aus, die Informationsveranstaltungen jährlich für die 5. und 6. Schulstufe abzuhalten. Damit werde den Jugendlichen ein Überblick über ihre zukünftigen Möglichkeiten gegeben, argumentierte ihre Fraktionskollegin Larissa Huta.

Der Klub Weiß konnte wiederum mit der Forderung über die Gruppengröße bei Wahlfächern punkten. Um große Gruppen zu verhindern, soll ein Wahlfach eine Schüleranzahl von 25 nicht überschreiten, aus ökonomischen Gründen aber aus mindestens sechs SchülerInnen bestehen. "Dieses sehr große Anliegen konnten wir nicht durchbringen", sagte Vanessa Ernst.

Die Türkisen waren ebenfalls mit einem Entschließungsantrag im Plenum erfolgreich. Laura Stockinger warb mit Erfolg im Nationalrat für die Idee, in der 5. und 6. Klasse Freifächer zur Vorbereitung auf die Wahlmodule anzubieten. SchülerInnen sollen dadurch die Möglichkeit bekommen, ihre eigenen Fähigkeiten besser kennenzulernen.

Die Regierung erhielt auch einen Auftrag durch eine fraktionsübergreifende Resolution. Alle Klubs sprachen sich in einer Entschließung dafür aus, ein Lern-Buddy-System einzuführen. Damit soll es SchülerInnen aus der Oberstufe möglich sein, SchülerInnen aus der Unterstufe gegen eine geringe Bezahlung Nachhilfe zu geben. Die Vermittlung von Nachhilfe durch gleichaltrige SchülerInnen falle häufig leichter und könne zu besseren Ergebnissen als Nachhilfe durch Erwachsene führen, sagte Theresa Eder (Türkis).

Keine Zustimmung erhielt allerdings der Vorstoß der Gelben, den Lehrplan zu modernisieren. Fächer wie Religion oder Musik würden viel Zeit in Anspruch nehmen. Viel wichtiger wäre es, dass sich Jugendliche heutzutage mit Fächern wie soziale Kompetenz, Persönlichkeitsbildung und Lebenskunde weiterbilden, so der Ansatz vom Gelben Abgeordneten David Werlberger. (Schluss) keg